

Telefon: 0 233-21637

**Personal- und
Organisationsreferat**
Personalkostenmanagement
und Stellenplan
POR-S1/51

Ergänzung vom 10.12.2024

Beteiligung des Personalhaushalts an der Haushaltskonsolidierung 2025 ff.

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 15138

1 Anlage

Beschluss des Verwaltungs- und Personalausschusses vom 11.12.2024 (VB)
Öffentliche Sitzung

ERGÄNZUNG

Im Nachgang zur bereits für die Sitzung des Verwaltungs- und Personalausschusses am 11.12.2024 verteilten Vorlage erhalten Sie als Anlage die Stellungnahme des GPR zur Kenntnis.

Datum: 05.12.2024
Tel.: 233-92359
Fax: 233-28149
Sachbearbeitung:

Gesamtpersonalrat

AZ: R:\gprdaten\09 Haushalt_Finanzen\0Haushalt
2025\Stellungnahme Einsparungen Personalhaus-
halt 2025 VPA 20241211.

Beteiligung des Personalhaushalts an der Haushaltskonsolidierung 2025 ff

An den
Personal- und Organisationsreferenten
Herrn Andreas Mickisch

Sehr geehrter Herr Mickisch,

die Stadt München muss sparen, da ansonsten 2025 die ordentlichen Tilgungsleistungen nicht mehr gedeckt sind und in der Folge eventuell kein genehmigungsfähiger Haushalt aufgestellt werden kann. Bevor wir auf die Situation des Personalhaushalts eingehen, möchten wir allerdings die Frage stellen, warum die LHM wieder in einer derartigen Situation ist?

Frühere Haushaltssicherungskonzepte wurden im Regelfall notwendig, wenn die erwarteten Gewerbesteuererinnahmen geringer ausfielen als geplant. Das Problem lag damit auf der Einnahmenseite.

Solche Situationen sind nachvollziehbar und von der LHM nur schwer steuerbar bzw. vorhersehbar.

Im Jahr 2024/2025 stellt sich die Situation doch etwas anders dar. Wir sind in der glücklichen Situation, (noch) steigende Steuereinnahmen zu verzeichnen. Gleichzeitig sind die Ausgaben, insbesondere der Schuldendienst so hoch, dass sie ohne gesonderte Maßnahmen nicht mehr finanziert werden können. Diesmal liegt das Problem also auf der Ausgabenseite und die ist nach unserem Dafürhalten sehr wohl planbar und steuerbar.

Wir rufen daher alle Verantwortlichen eindringlich dazu auf, künftig dafür zu sorgen, dass eine solche Finanzsituation nicht wieder entstehen kann.

Nun zum Personalhaushalt. Der vorliegende Entwurf zu Einsparungen im Personalhaushalt stellt einen schmerzhaften Einschnitt dar. Dies ausgerechnet zu einer Zeit, in der es uns endlich gelingt, vermehrt Fachkräfte auf dem externen Arbeitsmarkt zu gewinnen und dringend benötigte Stellenbesetzungen vorzunehmen.

Das ist nun nicht mehr möglich.

Die geforderten Kürzungen können nur mit den allergrößten Anstrengungen vom Personal bewältigt werden. Die vorgeschlagenen Kürzungsmaßnahmen gehen sofort „all in“. Es ist für den GPR daher besonders wichtig darauf hinzuweisen, dass mit diesen Sparmaßnahmen eine absolute Grenze erreicht ist. Mehr ist durch das bestehende Personal nicht mehr auffangbar. Ein weiterer Eingriff in den Personalhaushalt ist nicht leistbar. Durch die Einfrierung

der Budgets bis ins Jahr 2028 erhalten die Referate zumindest Planungssicherheit, was wir für sehr wichtig halten und begrüßen. Es muss dann aber auch allen Beteiligten klar sein, dass es in diesem Zeitraum auch keine weiteren Einschnitte in den Personalhaushalt geben darf und geben kann.

Wir wollen dies insbesondere vor dem Hintergrund des anstehenden Kommunalwahlkampfes noch einmal ausdrücklich betonen, dass kein weiterer Zugriff auf den Personalhaushalt möglich ist. Auch und gerade nicht um etwaige Wahlversprechen etc. zu erfüllen.

Das Personal wird seinen bitteren Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten müssen. Gleichzeitig ist es aber genauso erforderlich, dass im restlichen Haushalt ebenso massive Einschnitte vorgenommen werden, um das Ziel der Haushaltssicherung zu erreichen. Insbesondere mit investiven Maßnahmen ist eine besondere Belastung des Bestandspersonals verbunden (z.B. Hochbau) die nun kaum mehr leistbar sein dürften. Es muss auch durch Sparmaßnahmen in diesen Bereichen deutlich gemacht werden, dass nicht nur die Beschäftigten einen Beitrag leisten müssen, sondern der gesamte Haushalt.

Die Einsparmaßnahmen beim Personal werden nur leistbar sein, wenn auch kritisch über die zu leistenden Aufgaben geschaut wird, so wie im Eckdatenbeschluss (Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 13530) gefordert. Diese notwendige Aufgabenkritik wurde bislang bei jedem Haushaltssicherungskonzept gefordert und propagiert. Wie wir alle wissen, jedoch immer mit sehrmäßigem Erfolg.

Wir fordern daher, dass alle Referate eine intensive tatsächliche Aufgabenkritik vornehmen, auf welche Aufgaben, auch wenn es schmerzhaft ist, künftig verzichtet werden kann bzw welche eingeschränkt werden können. Hierbei darf es keine Tabus geben, auch wenn es sich um politische Lieblingsprojekte handelt oder zu Einschränkungen für die Bürgerschaft kommt, Um diesen Prozess zu standardisieren und diesmal auch effizient zu gestalten bitten wir, die Referate zu **verpflichten**, die Unterstützung des POR – consult.in.M hierfür in Anspruch zu nehmen. Gemeinsam mit den Referatspersonalräten sollen so gute Lösungen gefunden werden, die auch zu einer tatsächlichen Einsparung bzw. Entlastung des Personals führen.

Es ist zu erwarten, dass der Verzicht auf Projekte in den einzelnen Stadtteilen oder auch die notwendige Einschränkung von Serviceleistungen gegenüber den Bürger*innen auf Widerstand in der Bürgerschaft und auf heftige Kritik stoßen wird. Der Gesamtpersonalrat erwartet hier von allen politischen Akteuren und Vorgesetzten der LHM, sich schützend vor die betroffenen Beschäftigten zu stellen und ein klares Bekenntnis zur Leistungsbereitschaft der städtischen Mitarbeiter*innen abzugeben. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind für die jetzige Lage nicht verantwortlich, leisten aber einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der Situation.

Wir bitten zu berücksichtigen, dass die Arbeitssituation, insbesondere vor dem Hintergrund dieser Einsparungsmaßnahmen für viele Beschäftigte die Belastungsgrenze erreicht und, wie viele Überlastanzeigen beweisen, diese bereits in vielen Fällen überschritten hat. Daher werden wir in den nächsten Jahren massiv auf das BGM und BEM angewiesen sein. Aus diesem Grund sollten gerade diese Aufgabenbereiche, trotz aller Spargebote, nicht gekürzt und hierauf ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Unabhängig hiervon sollte verstärkt auf die Digitalisierung und Optimierung der bestehenden Prozesse und Aufgaben geachtet und trotz Kostendruck weiterverfolgt und umgesetzt werden. Hierdurch kann eine spürbare Entlastung des Personals erreicht werden. Angesichts der Tatsache, dass uns in den nächsten Jahren viele Kolleginnen und Kollegen altersbedingt verlassen werden und eine Nachbesetzung aufgrund der Einsparmaßnahmen nur sehr begrenzt möglich sein wird, eine dringend notwendige Maßnahme. Hier wäre an der falschen Stelle gespart.

Abschließend möchten wir uns beim POR bedanken, dass diesmal nicht mit der Rasenmähermethode gespart werden soll, sondern es den Referaten, den Experten in eigener Sache, überlassen bleibt, geeignete Maßnahmen zu finden und Schwerpunkte zu setzen. Dies wird durch die erreichte Planungssicherheit bis 2028 zumindest etwas erleichtert. Wir bitten bei diesen Entscheidungsprozessen in den Referaten die jeweiligen Personalvertretungen intensiv einzubinden.

Ebenso begrüßt der Gesamtpersonalrat die mit sehr viel Augenmaß getroffene Entscheidung hinsichtlich des Fahrtkostenzuschusses. Es ist natürlich bedauerlich, dass die Dynamisierung ausgesetzt wird, vor dem Hintergrund der aufgezeigten Haushaltssituation und der notwendigen Sparmaßnahmen ist das jedoch nachvollziehbar und auch sozial verträglich. Der Gesamtpersonalrat wird natürlich hinsichtlich der Dynamisierung wieder auf das Personal- und Organisationsreferat zukommen, sobald sich die Haushaltslage gebessert hat.

Wir bitten diese Stellungnahme dem Stadtrat in geeigneter Weise zur Sitzung zur Kenntnis zu geben und dem Beschluss beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen



Ursula Hofmann
Vorsitzende

